

o.715.4 - GY/ky

Protokoll

der Gespräche zwischen Herrn Bundesrat Pierre Aubert,
Vorsteher des Eidg. Departementes für auswärtige Angelegenheiten,
und UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar,
vom 8. Juli 1982 in Bern

1. Einleitung

BR Aubert erinnert zu Beginn daran, dass der Generalsekretär stets auf die Disponibilität der Schweiz für die Leistung Guter Dienste zählen könne.

Als Einführung macht er einen kurzen tour d'horizon, wobei er vor allem herausstreicht, wie stark sich die internationale Lage in den letzten 3 Monaten geändert hat.

Perez erwähnt vorerst seine Zeit als Botschafter Perus in Bern, die er in bester Erinnerung bewahre.

2. Libanon

Perez kommt dann sofort auf den Libanon zu sprechen. Seine engsten Mitarbeiter in New York hätten derzeit den Eindruck, kurz vor einer Vereinbarung über den Wegzug der Palästinenser aus Beirut zu stehen. Aber wohin sollen die Palästinenser gehen? Die Isreli misstrauen einem Abzug der Palästinenser auf dem Landweg nach Syrien, da sie befürchten, diese würden sich im Bekaa-Tal niederlassen. Umstritten ist auch die Frage, wie weit sich die Isreali zurückziehen haben.

Was die Ueberwachungstruppen betrifft, gibt es verschiedene

Möglichkeiten. Eine multinationale Truppe, u.a. aus Amerikanern und Franzosen zusammengesetzt, ist nicht auszuschliessen. Doch sogar die U.S.A. sind skeptisch; denn es ist klar, dass zwischen dem Sinai, einer Wüste, und einem dichtbesiedelten Gebiet wie dem Libanon grundsätzliche Unterschiede bestehen. Eine weitere Möglichkeit wäre eine UNO-Ueberwachungstruppe, allenfalls ergänzt durch Beobachter. Die UNIFIL könnte verstärkt werden, indem die französische Truppenzahl erhöht und allenfalls auch amerikanische Kräfte eingegliedert würden. Für jede Lösung, selbst wenn es sich bloss um Beobachter handeln sollte, ist ein Beschluss des Sicherheitsrates notwendig.

Dann kommt der Generalsekretär auf einen französisch-ägyptischen Resolutionsentwurf zu sprechen. Er beurteilt diese Initiative gesamthaft positiv und zwar namentlich, weil sie unter anderem die Eröffnung von Verhandlungen in Richtung einer Gesamtlösung vorsieht. Im Lichte seiner langen Erfahrung sei er zur Ueberzeugung gelangt, dass kein anderes Forum für eine Globallösung besser geeignet sei als der Sicherheitsrat. Denn dort sitzen nicht nur die Grossmächte, sondern die Araber, Palästinenser und Israeli am gleichen Tisch. Der Sicherheitsrat müsste aber seine Tendenz zur Demagogie überwinden. Nach einer formellen Eröffnung sollte er in nicht-öffentlichen Gruppen arbeiten. Die Geschäftsordnung erlaubt es dem Sicherheitsrat, sein Verfahren an die zur Diskussion stehende Problematik anzupassen. Bezüglich des französisch-ägyptischen Resolutionsentwurfs haben die Konsultationen noch nicht begonnen. Zur Zeit wolle man nicht drängen, um der Habib-Mission alle Chancen zu lassen. Der Sicherheitsrat handle nämlich oft mit einer gewissen Ueberstürzung, was zu einer Erschwerung der Konfliktlösung führen könne.

BR Aubert stellt dem Generalsekretär die drei folgenden Fragen:

- 3 -

1. Hat die weitverbreitete Verurteilung Israels nicht doch auch gewisse antisemitische Wurzeln?
2. Wie ist die grosse Zurückhaltung der UdSSR im Libanonkonflikt zu erklären? Spielt das Bestreben eine Rolle, die Abrüstungsverhandlungen in Genf nicht zu belasten?
3. Was würde aus einer PLO ohne militärische Mittel und ohne territoriale Basis werden? Allgemein, wie sehen Sie eine Lösung des Palästinenser-Problems?

Perez glaubt nicht, dass antisemitische Beweggründe bestimmend sind. Es handle sich um eine Reaktion auf die ungerechtfertigte Anwendung von Gewalt seitens Israels. Ueber Antisemitismus zu sprechen, könne sogar gefährlich sein, da man dadurch solche Gefühle wachrufe. Der Generalsekretär glaubt nicht, dass Israel mit dieser militärischen Aktion auf die Dauer eine gute Rechnung gemacht habe. Er befürchtet nämlich, dass eine Art "Diaspora des Terrorismus" entstehen könnte. Deshalb muss rasch eine Lösung gefunden werden, und zwar auf dem Verhandlungsweg. Verhandlungen sind aber nur im Sicherheitsrat möglich. Wollte man eine ausserordentliche internationale Konferenz einberufen, würde man schon an der Beteiligungsfrage scheitern. Dieses Problem stelle sich im Sicherheitsrat nicht. In diesen Verhandlungen wird man erörtern müssen, wo man ein Territorium für die Palästinenser findet. Unsere israelischen Freunde müssen einsehen, dass sie vor über dreissig Jahren aus den gleichen Gründen kämpften wie die Palästinenser heute.

Was die Haltung der UdSSR betrifft, stellt man sich natürlich viele Fragen. Perez glaubt auch, dass das Interesse an den Abrüstungsverhandlungen einer der Gründe ist, der die sowjetische Zurückhaltung erklärt. Andere Motive sieht er darin, dass die sowjetische Führung auf keine öffentliche Meinung achtgeben muss und sich somit mit blossen Lippenbekennt-

- 4 -

nissen begnügen kann. Der Hauptgrund dürfte aber darin liegen, dass die UdSSR über keine wirksamen Beeinflussungsmöglichkeiten verfügt.

BR Aubert stellt die Frage, ob auch Perez mit dem Prinzip der Wiederherstellung der territorialen Integrität des Libanons nach Abzug aller fremden Truppen einverstanden sei. Ihm scheine, die Wiedererlangung der Unabhängigkeit Libanons würde ein stabilisierendes Element bilden.

Perez teilt diese Auffassung. Der Libanon müsse von seiner dreifachen Besetzung (Palästinenser, Syrier und Israeli) befreit werden. Ein völlig unabhängiger Libanon würde einen Stabilisierungsfaktor darstellen. Dadurch hätte Israel nicht nur im Süden mit Aegypten sondern auch im Norden mit dem Libanon eine sichere Grenze. Wir müssen Israel Sicherheit geben. Vergessen wir nicht, dass Israel eine Schöpfung der UNO ist. Die Vereinten Nationen sind verpflichtet, die Achtung der territorialen Integrität Israels zu gewährleisten.

3. Falkland

Perez erklärt, dass die eben erfolgte Freilassung eines britischen Piloten ohne jegliche Vorbedingungen als ein Zeichen des guten Willens zu verstehen sei. Er nimmt an, dass die Argentinier ein günstiges Klima schaffen wollten, das die Aufnahme von Verhandlungen erleichtern würde. Vor zwei Wochen hätte Frau Thatcher noch den Eindruck gegeben, nicht bereit zu sein, vor Ablauf einer sechsmonatigen Zeitspanne zu verhandeln. Die Opposition in Grossbritannien befürworte aber die rasche Aufnahme von Verhandlungen. Auch gebe es gewisse Indizien, die für ein Umdenken seitens der Regierung sprechen. So sei der frühere Gouverneur der Malvinen nicht mehr in dieser Eigenschaft, sondern als blosser Administrator, auf die Insel zurückgekehrt.

- 5 -

Es sei falsch, wenn die Presse erkläre, Frau Thatcher habe die UNO abgelehnt. Die Premierministerin habe nein zu einer Vormundschaft durch die UNO gesagt. Sie wisse aber wohl, dass Perez auf Grund der Resolution 505 stets noch über ein Mandat zur Leistung Guter Dienste verfügt. Er wird sich am 13. Juli in London aufhalten und hat die Argentinier gefragt, ob er Frau Thatcher eine Mitteilung überbringen könne.

Perez misst der raschen Aufnahme von Verhandlungen so grosse Bedeutung bei, weil das Risiko besteht, dass die Argentinier auf Anregung der Blockfreien die Frage der Malvinen vor die nächste UNO-Generalversammlung bringen. Die Generalversammlung habe aber oft demagogische Tendenzen und könnte das Klima belasten, das für die erfolgreiche Führung von Verhandlungen notwendig sei. Am 17. Mai sei man in der UNO einer Lösung ausserordentlich nahe gewesen. Die Briten hätten sich als sehr flexibel gezeigt, und nur ein grober Beurteilungsfehler der Argentinier habe eine Regelung im letzten Moment verhindert. Ferner erwähnt Perez das Risiko, dass die Argentinier, sollte sich Grossbritannien nicht konzilient zeigen, mit ihrer Luftwaffe gewisse mehr symbolische Aktionen aufnehmen könnten. Er befürchtet, dass die Aufrechterhaltung militärischer Spannungen eine vermehrte Einflussnahme von Kräften ausserhalb des Kontinents erleichtern würde. Perez drückt nochmals seine Hoffnung aus, dass nun bald Verhandlungen aufgenommen würden, sei es direkt, sei es "by proxy" oder auch nur, um den Eindruck zu erwecken, dass ein Gespräch in Gang komme.

BR Aubert erklärt, der Falklandkonflikt habe, da sich die EG-Länder erwartungsgemäss hinter Grossbritannien stellten, gewissermassen die Gestalt eines Krieges zwischen zwei Kontinenten angenommen. Er fragt den Generalsekretär, ob

- 6 -

seiner Meinung nach die Beziehungen zwischen Lateinamerika und Europa durch diesen Konflikt nachhaltig beeinträchtigt würden.

Perez ist der Meinung, man habe diesbezüglich übertrieben. Es bestehe eher ein Malaise gegenüber den U.S.A., die Teil desselben Kontinents seien und mit denen man durch das zwischenamerikanische gegenseitige Beistandsübereinkommen verbunden sei. Diese Frustration könne sich indirekt auch auf Europa als Teil des Westens auswirken. Perez habe Präsident Reagan und auch Rockefeller angeraten, durch private Initiativen im wirtschaftlichen oder kulturellen Bereich für eine Klimaverbesserung zu sorgen.

BR Aubert fragt, ob die Schweiz nach Auffassung des Generalsekretärs eine andere Rolle übernehmen könnte als diejenige einer Schutzmacht. Könnte sie in diesem Konflikt auch diplomatische Funktionen erfüllen?

Perez gibt auf diese Frage eine allgemeine Antwort. Vorerst würdigt und verdankt er die bisherigen Leistungen der Schweiz, welche als Nichtmitglied oft mehr tue als manches Mitglied. Aber nach dem Beitritt könnte die Schweiz noch eine bedeutendere Rolle spielen. Aehnlich wie die übrigen europäischen Neutralen könnte sie bei friedenserhaltenden Aktionen eine nützliche Funktion ausüben. Diese Aktionen haben ausser den militärischen Aspekten auch eine diplomatische Seite in der Ausübung Guter Dienste. Die Suche eines persönlichen Vertreters für Afghanistan oder für Südostasien sei gar nicht leicht. Die Auswahl sei beschränkt und ein schweizerischer Vertreter wäre dafür ideal.

4. Rolle Genfs

Botschafter Pictet erinnert an die lange Tradition Genfs als Sitz internationaler Organisationen. Mit Befriedigung könne festgestellt werden, dass die Beziehungen mit der UNO harmonisch seien und das Sitzabkommen gut funktioniere.

Für die Schweiz sei es wichtig, einen einzigsten Gesprächspartner zu haben. Dies sei der Generaldirektor, Herr Cottafavi, der sehr guten Kontakt zu den schweizerischen Behörden habe. Das Problem des einzigen Gesprächspartners gelte aber auch für die Vertretungen, die den Grundsatz der Einheit der Ständigen Missionen respektieren müssten.

Das Wohnungsproblem sei in Genf zurzeit besonders akut. Er frage sich, ob die UNO nicht - wie dies bereits vom CERN praktiziert werde - mit Mitteln des Pensionskassenfonds im Wohnungsmarkt investieren könnte. Die Genfer Behörden wären sicher bereit, in dieser Angelegenheit mit der UNO zusammenzuarbeiten.

Frau Botschafter Pometta drückt den Wunsch aus, dass uns die UNO einige Jahre zum voraus über ihre Raumbedürfnisse informiert, da das interne Verfahren in der Schweiz doch recht langwierig sei.

Generaldirektor Cottafavi erklärt, dass auch aus der Sicht der UNO die Beziehungen mit den schweizerischen Behörden sehr gut sind. Dagegen seien für die Grenzgänger zunehmende Schwierigkeiten festzustellen. Die neue französische Regierung habe die Grenzkontrollen verstärkt, was mit allerlei Unannehmlichkeiten verbunden sei. Botschafter Pictets Anregung bezeichnet er als prüfenswert, da wirklich ein

- 8 -

Wohnproblem bestehe. Allerdings riskiere man, dass dann andernorts unter weniger günstigen Verhältnissen eine ähnliche Lösung gefordert werde. Zum Schluss erklärt er, er wolle sich für den Wiederaufbau des "Tempels des Friedens und der Freundschaft" in Genf einsetzen.

5. Nord-Süd

Staatssekretär Jolles beglückwünscht den Generalsekretär für seine tags zuvor gehaltene Rede vor dem ECOSOC. Seine Betrachtungsweise sei undogmatisch und ginge von den heutigen Wirtschaftsproblemen aus. Die Analyse entspreche ganz der schweizerischen und derjenigen der meisten OECD-Staaten. An dem von Perez vorgeschlagenen "Programme concerté de redressement économique mondial" hätte er höchstens in den drei folgenden Punkten die Akzente ein wenig anders gesetzt:

- Punkt 2 über die Notwendigkeit eines offenen Welthandelssystems hätte aus schweizerischer Sicht noch stärker betont und unzweideutiger formuliert werden können. Sonst nähere man sich dem "organisierten Freihandel", dessen erste Opfer die Entwicklungsländer seien.
- Im Punkt 5 über internationale Währungsfragen wird die Notwendigkeit zusätzlicher Emmissionen von Sonderziehungsrechten betont. Darüber könne man verschiedener Meinung sein. Was die Schweiz aber zur Zeit in erster Linie beschäftige, sei das Problem der Finanzierung der internationalen Finanzinstitute.
- Bezüglich der Förderung neuer Energiequellen stelle er sich die Frage, ob die neue Situation es noch recht-

fertige, diesem Bereich eine solche Priorität einzuräumen, was ja unweigerlich zu Lasten anderer Sektoren gehen müsse.

Die Frage der Realisierung dieses Programms führe uns direkt zu den Globalverhandlungen. Es stelle sich die Frage, welche Bedeutung man einerseits den Globalverhandlungen und andererseits den sektoriellen Verhandlungen in den Spezialorganisationen beimessen solle. Er stelle fest, dass der Generalsekretär dazu nicht Stellung nehme. Für uns hänge die Antwort zum Teil davon ab, wie man in der UNO die Verhandlungsmethoden gestalten könne. Die Starrheit der bisherigen Zusammenarbeit sei vor allem durch die Verhandlungen zwischen Gruppen bedingt. Diese Praxis werde immer schwieriger, angesichts der zunehmenden Differenzierung unter Entwicklungsländern. Jolles stellt dann die Frage, ob - falls es doch noch Globalverhandlungen geben sollte - die Möglichkeit bestünde, flexiblere, den wirklichen Interessen der Beteiligten besser angepasste Verhandlungsmethoden zu wählen, die nicht ausschliesslich auf ein Nord-Süd-Schema ausgerichtet wären. Dann kommt er auf die umstrittene Frage eines besonderen Energieausschusses im Rahmen der Globalverhandlungen zu sprechen. Er vertritt die Auffassung, dieser Streitpunkt hätte in der heutigen Lage an Brisanz verloren. Dem Generalsekretär stellt er die Frage, wie er die Chancen für die Aufnahme von Globalverhandlungen einschätze. Wie wird andererseits das Interesse, namentlich der Entwicklungsländer, an den kommenden sektoriellen Verhandlungen in spezialisierten Organisationen (GATT-Ministerkonferenz für Handelsfragen, UNCTAD VI z.B. für Rohstoffe etc.) beurteilt? Soll in einer Zeit, in welcher der private Bankensektor angesichts des Verschuldungsproblems immer zurückhaltender wird und die Aufgaben des FMI und der Weltbank entsprechend zunehmen, der Finanzknappheit dieser

Institute eher durch Globalverhandlungen oder durch Anstrengungen innerhalb dieser Organisationen begegnet werden? Den Industriestaaten stelle sich auch die Frage, ob man auf diese neuen Gegebenheiten statt durch Unterstützung der Bretton-Woods Institute durch staatliche Garantien an die Banken antworten solle.

Perez antwortet, er habe mit seiner ECOSOC-Rede versucht, eine objektive Analyse zu vermitteln und den ECOSOC-Arbeiten eine gewisse Orientierung zu geben.

Bezüglich der Verhandlungsmethoden in der UNO erinnert er daran, dass in der G-77 einige wenige Delegationen die Szene beherrschen. Oft würden einzelne junge, dynamische Delegierte als Anführer auftreten, die häufig dann ihre eigenen Interessen verfolgten. Für die Entwicklungsländer ginge es jetzt vor allem darum, sich vermehrt auf konkrete Probleme zu konzentrieren und von der Verfolgung politischer Ziele Abstand zu nehmen.

Bezüglich der Globalverhandlungen drückt er seine Enttäuschung darüber aus, dass die G-77 die Vorschläge der Industriestaaten nach dem Versailler-Gipfel nicht angenommen habe. Im September werde man einen neuen Versuch unternehmen. Er hofft, dass die Entwicklungsländer, von denen nun die Hauptanstrengung zu kommen habe, sich mit eher "kosmetischen" Abänderungsvorschlägen begnügen werden, damit man endlich an den Verhandlungstisch sitzen könne. Einer der wesentlichen Vorteile von Globalverhandlungen sieht er darin, dass alle Staaten, d.h. auch die sozialistischen Länder, mitzuwirken hätten. Es sei Zeit, dass diese Länder auch im multilateralen Bereich ihrer Verantwortung nachkämen. Deshalb müsse man sie an den Verhandlungstisch bringen. Perez betont sodann, die Schweiz müsse wie jeder andere Staat einen Sitz haben. Er werde sein möglichstes tun, damit unser Land als vollberechtigtes Mitglied an den Globalverhandlungen teilnehmen könne.

- 11 -

Perez weist sodann darauf hin, dass die UNO an der derzeitigen Tendenz zum Bilateralismus leide. Bradford Morse sei über die Lage des UNDP sehr besorgt. Er habe eine Reduzierung der Programmplanung von 37 % vornehmen müssen. An der kürzlichen ACC/CPC Sitzung in Genf hätten in diesem Zusammenhang zahlreiche Verantwortliche von UNO-Organen ebenfalls ihre tiefe Besorgnis ausgedrückt. Bezüglich der Weltbank erkundigt sich Perez schliesslich noch nach der Auffassung von Herrn Jolles über Clausens Vorschläge betreffend eine Verstärkung von privaten Kapitalflüssen.

Jolles erinnert, dass die Schweiz der Weltbank bedeutende Kapitalsummen zur Verfügung stelle. Nationalbankdirektor Leutwiler habe vor kurzem mit der Weltbank eine Vereinbarung getroffen, wonach diese sich für mindestens 25 % ihres Kapitalbedarfs in der Schweiz abdecken könne. Selbst wenn die Zinsen tief seien (etwa 8 %), so handle es sich dennoch nicht um eine konzessionelle Hilfe. Er teile die Besorgnis des Generalsekretärs namentlich bezüglich der Situation der IDA, denn wenn die U.S.A. ihre Politik fortsetzen, könnte sich diese Haltung als ansteckend erweisen. Es wäre deshalb sehr nützlich, wenn es dem UNO-Generalsekretär gelingen würde, die U.S.A. von der Notwendigkeit einer weiteren Unterstützung der multilateralen Finanzinstitute zu überzeugen.

Auf eine Bemerkung Perez zurückkommend, sagt Jolles, dass die Teilnahme der sozialistischen Länder an Globalverhandlungen zweischneidig sei: einerseits könne man sie unter Druck setzen, andererseits würden sie Verhandlungen auch erschweren. Gerade in der heutigen Lage, wo es darum gehe, günstige Rahmenbedingungen für einen verstärkten Transfer privater Mittel in die Entwicklungsländer zu schaffen, könnte der Ostblock ein Hindernis bilden.

Jolles erinnert dann an den bisherigen Beitrag der Schweiz

- 12 -

bei der Vorbereitung der Globalverhandlungen und bestätigt erneut unser Interesse, an den eigentlichen Verhandlungen als vollberechtigtes Mitglied teilzunehmen. Er dankt Perez für seine Unterstützung in dieser Angelegenheit.

Zum Schluss fragt Jolles, ob nach Auffassung des Generalsekretärs die Entwicklungsländer im Grunde wirklich noch an Globalverhandlungen interessiert seien.

Perez entgegnet, angesichts der erwähnten UNO-Wirklichkeit sei es schwierig, eine klare Antwort zu geben. Jetzt seien es OPEC-Staaten, die die Sache blockierten. Die meisten Entwicklungsländer seien aber eher aus Instinkt an diesen Verhandlungen interessiert. Ein gewisser Druck werde deshalb wohl andauern.

6. Humanitäre Fragen

BR Aubert erinnert an die Bedeutung, welche die Schweiz der humanitären Hilfe beimisst. Er weist auf unsere gesetzlichen Grundlagen und auf den Umstand hin, dass die Hilfe sowohl vom Bund als auch von privaten Organisationen geleistet wird.

Dann kommt er auf die Koordination der humanitären Hilfe zu sprechen, die angesichts des Ausmasses der Krisen immer notwendiger wird. Die Schweiz, die u.a. dem HCR und dem UNICEF bedeutende Beiträge zukommen lässt, ist an dieser Koordination sehr interessiert. BR Aubert stellt die Frage, wie der Generalsekretär die an der letzten UNO-Generalversammlung verabschiedete Resolution beurteile. Er begrüsst, dass diese Resolution die Unabhängigkeit des IKRK anerkennt. Sodann erläutert er kurz die besonderen Beziehungen zwischen der Schweiz und dem IKRK. Zum Schluss fragt er den Generalsekretär, wie er die Koordinierung der Hilfsaktionen im Libanon an die Hand nehmen wolle.

Perez würdigt vorerst die Leistung und Unabhängigkeit des IKRK.

Vor kurzem hat er Alexander Hay getroffen, mit dem er sich auf Anhieb auch persönlich sehr gut verstand. Sie erörterten zusammen das Problem der Koordination und sprachen über die UNO-Mission im Libanon. Diese Mission unter der Leitung des Ständigen Vertreters Schwedens in New York, Botschafter Thunborg, sei an sich schon ein Zeichen des Koordinationswillens, da sie aus Vertretern aller interessierten Agenturen der Vereinten Nationen zusammengesetzt sei. Er werde Hay über deren Tätigkeit auf dem laufenden halten und das IKRK wenn immer möglich unterstützen. So habe das IKRK beispielsweise kürzlich mit Jerusalem gewisse Schwierigkeiten gehabt, denen er abzuhelfen versucht habe. Vor allem aber sei er bemüht, dem IKRK in Afghanistan wieder Zugang zu verschaffen. Andererseits habe das IKRK der UNO bei der Suche nach verschollenen Personen in Zypern geholfen. Die Zusammenarbeit sei somit sehr eng.

In personeller Hinsicht erwähnt Perez, er habe den früheren pakistanischen Botschafter Akhund mit der Koordinierung der humanitären Hilfe beauftragt. Nach der Libanon-Krise werde er prüfen, ob er diesen Posten beibehalten oder aus Spargründen streichen werde. Mit der Ernennung des Tunesiers Esaafi zum neuen Leiter der Koordinierungsstelle für Katastrophenhilfe (UNDRO) verbindet er die Erwartung, dass dieses UNO-Organ in Zukunft wirksamer arbeiten könne.

Optimale Koordination sei nötig, um Doppelspurigkeiten zu vermeiden, die nicht nur Zeit, sondern auch Geld kosten. Perez betont dann des längeren seinen Sparwillen, den er unter anderem auch durch die sehr kleine Delegation, mit der er nach Europa gekommen ist, unter Beweis stellt. Die UNO müsse wirksam und bescheiden sein.

BR Aubert begrüsst die enge Zusammenarbeit zwischen der UNO und dem IKRK und verdankt den Einsatz des Generalsekretärs für die Wiederezulassung des Komitees in Afghanistan.

Botschafter Pictet weist auf die zunehmende Bedeutung der humanitären Hilfe hin, für die heute rund die Hälfte der Mittel der UNO eingesetzt wird. Aber auch in der Schweiz misst die Bevölkerung dieser Tätigkeit grosse Bedeutung bei; sie spielt nicht zuletzt bei der Frage des UNO-Beitritts eine wichtige Rolle. Denn die Befürworter argumentieren, als Mitglied könnte die Schweiz auf humanitärem Gebiet mehr tun, während die Gegner befürchten, die Mitgliedschaft würde unsere eigene Tätigkeit und jene des IKRK erschweren.

Nach diesen allgemeinen Bemerkungen nimmt Pictet zu den folgenden Punkten Stellung:

- In der Schweiz stellt man mit Besorgnis eine Tendenz zur Verwässerung des humanitären Rechts dar. Statt von Regeln der Genfer Konventionen spricht man manchmal nur noch von blossen Grundsätzen.
- Die Idee einer neuen internationalen humanitären Ordnung birgt auch gewisse Gefahren. Pictet befürchtet, diese globale Betrachtungsweise könne dazu führen, bestehende Regeln zu verschmelzen und aus verbindlichen Konventionen blosse Verhaltenskodices zu machen.
- Sodann ist auch im humanitären Bereich eine wachsende Gefahr der Politisierung festzustellen. In der Diskussion um eine neue internationale humanitäre Ordnung liegt ein solches Risiko. Die nächste UNO-Generalversammlung wird über die Erneuerung des Mandats des HCR zu beschliessen haben. Die Schweiz würde es sehr bedauern, wenn bei dieser Gelegenheit das Mandat abgeändert würde. Sodann liegen zwei

Initiativen zur Vorbeugung massiver Flüchtlingsströme (Initiativen der BRD und Saddrudin Aga Khans Bericht) vor. Auch wenn es sich um bedeutungsvolle Vorschläge handelt, müsse man sich der Gefahr der Politisierung bewusst sein. Das Mandat des HCR könnte dadurch berührt werden.

Perez teilt Pictets Auffassungen. Er sei sich der von ihm erwähnten Gefahr bewusst. Aber der Generalsekretär habe ja nur moralische Autorität. Wenn die Staaten die humanitäre Tätigkeit mehr und mehr politisierten, könne sich der Generalsekretär durch Kontakte mit nichtgouvernementalen Organisationen und der Presse direkt an die Öffentlichkeit wenden, um von dieser Seite her einen gewissen Druck zu erreichen.

Frau Botschafter Pometta weist auf das gleichzeitige Bedürfnis nach Koordination und Dezentralisation hin. Wenn die politischen Impulse im UNO-System von der Generalversammlung kommen, so stelle sich die Frage, ob man für den Vollzug nicht zu einer grösseren Dezentralisierung gelangen könnte, was auch zur Entpolitisierung beitragen würde.

Perez weist darauf hin, dass diese Frage an der ACC/CPC-Sitzung in Genf erörtert wurde und hofft, dass an der nächsten ACC-Tagung vom nächsten November in New York ein besseres Gleichgewicht zwischen diesen beiden notwendigen Bestrebungen gefunden werden kann. Es gehe darum, eine grössere Dezentralisierung zu finden und gleichzeitig die Koordination zu verstärken. Er sei bestrebt, vor allem den regionalen Wirtschaftskommissionen mehr Befugnisse einzuräumen. Bezüglich der ECE teilt Perez mit, dass er K. Sahlgren, den er als sehr qualifiziert bezeichnet, zum neuen Generalsekretär ernennen werde.

7. Zypern

BR Aubert erkundigt sich nach der Beurteilung der Lage in Zypern.

Perez erklärt, er habe widersprüchliche Gefühle. Einerseits habe er eine Beschleunigung der interkommunalen Verhandlungen erreichen können. Andererseits hätte er den Eindruck gewonnen, die Griechisch-Zyprioten hätten kein Interesse an einem erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen im interkommunalen Rahmen. Denn sie wollten die Frage vor die nächste Generalversammlung bringen. Er habe sie gewarnt, dass die Internationalisierung dieses Problems das sicherste Mittel sei, um den interkommunalen Dialog abzutöten. Die Lösung könne aber nur in diesem Rahmen gefunden werden. Erst später, wenn es darum gehen werde, eine Garantie für die erzielten Resultate zu erhalten, werde die Internationalisierung der Frage sinnvoll sein.

Gemäss Perez zeigen sich die Türken zu wenig flexibel. Sie sollten bereit sein, seriöse territoriale und verfassungsmässige Konzessionen, die im Verhältnis zur Zusammensetzung der Bevölkerung stehen, zu machen. Er sei nicht sehr optimistisch. Denn nach dem Besuch Kyprianus bei Papandreou sei der Zwiespalt, in welchem sich der zypriotische Staatsebene befinde, noch deutlicher erkennbar geworden. Einerseits sei er auf die Unterstützung Athens angewiesen, andererseits hänge er innenpolitisch von der prokommunistischen, moskautreuen Akel-Partei ab. Diese wolle den interkommunalen Dialog weiterführen, um die Konsolidierung des Status quo zu verhindern. Für Moskau sei nämlich die heutige Lage, die durch die Teilung der Insel zu einer Art "doppelten Natoisierung" geführt habe, besonders un-

- 17 -

günstig. Die Sowjetunion strebe ein unabhängiges, block-
freies Zypern, ohne britische Basen an, das Malta ähnlich
wäre. Deshalb unterstütze sie so stark eine interkommunale
Lösung.

* * * * *

Liste des participants à la séance de travail du 8 juillet 1982
(9h30-12h00) - Palais fédéral Ouest, Salle W 240

Délégation de l'ONU

Son Excellence Monsieur le Secrétaire général de l'Organisation
des Nations Unies Javier PEREZ DE CUELLAR

Monsieur le Directeur général de l'Office des Nations Unies à
Genève Luigi COTTAFI

Monsieur Michael STOPFORD, second administrateur.

Délégation suisse

Département fédéral des affaires étrangères

Monsieur le Conseiller fédéral Pierre AUBERT, Chef du Département
des Affaires étrangères

Monsieur le Secrétaire d'Etat Raymond PROBST

Monsieur l'Ambassadeur Edouard BRUNNER, Directeur de la Direction
des Organisations internationales

Madame l'Ambassadeur Francesca POMETTA, Observateur suisse auprès
des Nations Unies à New York

Monsieur l'Ambassadeur François PICTET, Chef de la Mission permanente
de la Suisse près les Organisations internationales

Monsieur l'Ambassadeur Jean MONNIER, jurisconsulte

Monsieur l'Ambassadeur Jean-Pierre RITTER, Chef du Secrétariat po-
litique

Monsieur Jean-François GIOVANNINI, Vice-Directeur de la Direction
de la coopération au développement et de l'aide humanitaire

Monsieur Othmar UHL, Chef du Service Information et Presse

- 2 -

Monsieur Bernard de RIEDMATTEN, Suppléant du Directeur de la Direction des Organisations internationales

Mademoiselle Marianne von GRÜNIGEN, Chargée des questions spéciales de l'ONU

Monsieur Robert MAYOR, Chef de Section diplomatique

Monsieur André von GRAFFENRIED, Adjoint diplomatique

Département fédéral de l'économie publique

Monsieur le Secrétaire d'Etat Paul Rudolf JOLLES

Monsieur l'Ambassadeur Eric RÖTHLISBERGER, Délégué aux accords commerciaux

Monsieur l'Ambassadeur Philippe LEVY, Conseiller scientifique